

## Pressemitteilung

22. Juli 2020

### Strafen sind der falsche Weg – Aufklärung ist wichtig!!

Der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen (LEB GemS SH) ist schockiert und empört über das Vorhaben der Bildungsministerin Karin Prien, Eltern und Lehrkräfte ggf. mit Strafen oder dienstrechtlichen Konsequenzen zu belegen, falls diese sich nach einem Urlaub in Risikogebieten in Quarantäne begeben müssen und infolge dessen ihren Dienst nicht antreten, bzw. dem Unterricht fernbleiben müssen. ([Link zum Artikel](#))

Grundsätzlich sehen wir Reisen von Lehrkräften, sowie Schülerinnen und Schülern (SuS) in Risikogebiete auch kritisch. Die oberste Prämisse muss sein, dass Infektionsgeschehen weiter so gering wie möglich zu halten, um einer sog. „2.Welle“ entgegenzuwirken.

Insbesondere im Bereich der Schulen stellt die Nähe zwischen den Beteiligten ein großes Risiko dar, was durch die Aufhebung der Abstandsregeln an den Schulen nach den Sommerferien, noch verstärkt wird. Daher befürworten wir, dass es möglichst keine Reisen in Risikogebiete geben sollte, beschränken dies aber nicht auf die genannten, sondern auf alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir bemängeln jedoch ausdrücklich die Art und Weise, wie die Bildungsministerin mit den ihr unterstehenden Lehrkräften und uns Eltern umgeht. Die Androhung von Strafzahlungen und dienstrechtlichen Konsequenzen ist in jedem Fall der falsche Weg. Richtig wären eine erneut gute Aufklärung und ein dringender Appell an die Vernunft aller Beteiligten gewesen, jedoch in einem ausreichenden Abstand vor den Ferien. Die Androhung von Strafen für Eltern steht der Ministerin weder zu, noch werden diese aus unserer Sicht rechtlich durchzusetzen sein. Ebenso wie die Konsequenzen für Lehrkräfte zwar rechtlich möglich, aber mehr als unangemessen sind, insbesondere wenn man den Zeitpunkt der Veröffentlichung bedenkt.

Zudem sei zu erwähnen, dass eine Kontrolle unserer Meinung nach nicht umsetzbar sein wird. Weder Lehrkräfte noch wir Eltern sind verpflichtet, dem Bildungsministerium gegenüber offenzulegen, wo der Urlaub verbracht wurde. Hier werden Kompetenzen doch weit überschritten, was so nicht hinzunehmen ist. Außerdem muss damit gerechnet werden, dass bei einer Strafandrohung nicht immer richtige Angaben gemacht werden, was die Situation nochmals massiv verschlimmern würde, da es das wichtige Mittel der Nachverfolgbarkeit aushebelt.

Auch muss bedacht werden, dass sich das Infektionsgeschehen rasant ändert und es somit kaum möglich ist, dies zu planen oder vorherzusehen. Prominentes Beispiel ist die Ministerin selbst, die sich nach einem Südtirol-Urlaub im März ebenfalls in Quarantäne befunden hat.

Abschließend bleibt jedoch nochmals deutlich klar zu stellen, dass auch wir dazu raten, von einem Urlaub in Risiko- oder auch nur gefährdete Gebiete abzusehen. Wir haben großes Verständnis, dass nach den letzten Monaten, die uns allen viel abverlangt haben, eine Erholung wichtig ist, jedoch sollte die Sicherheit dem übergeordnet sein.

Eine ständig aktualisierte Liste der Risikogebiete findet sich hier: [Seite des RKI](#)

Für den LEB GemS SH



Thorsten Muschinski

Vorsitzender im Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein